



Niederschrift

26. Plenarsitzung des Gemeinderates

22. Juni 2021, 15:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

Punkt 2.1 der Tagesordnung: Badisches Staatstheater Karlsruhe, Sanierung und Neubau

Vorlage: 2021/0485

dazu:

Punkt 2.1.1 Änderungsantrag: FW | FÜR

Vorlage: 2021/0485/1

Punkt 2.1.2 Staatstheater Karlsruhe – Verzicht auf die Photovoltaikanlage

Änderungsantrag: AfD

Vorlage: 2021/0485/2

Punkt 2.1.3 Änderungsantrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2021/0485/3

Punkte 2.1.4 Einsparungen bei Betriebskosten nicht zu Lasten des Personals!

Ergänzungsantrag: SPD

Vorlage: 2021/0485/4

Punkt 2.1.5 Begrenzung und Streckung des jährlich maximalen Mittelabflusses auch im Fall weiterer Kostensteigerungen

Interfraktioneller Änderungsantrag: CDU, GRÜNE

Vorlage: 2021/0485/5

Punkt 2.1.6 Ergänzungsantrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2021/0485/6

Beschluss:

Tagesordnungspunkt 2.1

1. Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss das Ergebnis einschließlich der dargestellten Kostenentwicklung und dem angepassten Bauablauf zur Kenntnis und stimmt der Fortführung des Projekts unter den geänderten Voraussetzungen zu.
2. Stadt und Land werden aufgefordert, eine Finanzierungsvereinbarung zu treffen. Dabei soll eine kontinuierliche Abfinanzierung in jährlichen, festgelegten Beiträgen für den städtischen Anteil erfolgen. Die Beträge werden so gewählt, dass die städtische Investitionskraft für die anderen städtischen Aufgaben erhalten bleibt.
(Geändert durch Änderungsantrag CDU/GRÜNE, Vorlage 2021/0485/5, Ziffer 2: Anstatt den jährlichen Mittelabfluss im Fall weiterer Kostensteigerungen zu erhöhen, wirkt die

Stadtverwaltung in einer verbindlichen Regelung mit dem Land Baden-Württemberg im Vorfeld darauf hin, dass der städtische Anteil bei der Finanzierung des Badischen Staatstheaters über zusätzliche Jahre gestreckt wird.)

3. Basierend auf den 2017 ermittelten zukünftigen Effizienzen im Betrieb (2 Mio. geschätzt) sollen durch Sanierung und Neubau sollen Einsparungen bei den Betriebskosten von 5% erreicht werden. Diese sind schrittweise umzusetzen, so wie es sich aus dem Bauverlauf ergibt. Sie können durch geringere Energieverbräuche im sanierten Gebäude, die Optimierung von Logistik und Produktion sowie zusätzliche Einnahmemöglichkeiten des Theaters generiert werden.
4. Verbesserungen zu Nachhaltigkeit und Energieeinsparung mit dem Ziel weitestgehender Klimaneutralität sind fortlaufend zu prüfen und in Planung und Bau einzuarbeiten.
5. Es wird ein baubegleitendes eigenständiges Gremium unter Einbeziehung aller Gemeinderatsfraktionen eingerichtet, möglicherweise als Erweiterung des zwei – bis dreimal jährlich tagenden Bauausschusses des Verwaltungsrats. Das Kostencontrolling wird optimiert und transparent gemacht. Gravierende Veränderungen im Projekt werden kurzfristig und zeitnah thematisiert, der regelmäßige Projektstatusbericht den Fraktionen zugänglich gemacht.
6. In der weiteren Bearbeitung ist darauf zu achten, dass der Aufwand für Interimsunterbringungen möglichst gering gehalten wird bei Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit und des künstlerischen Anspruchs des Staatstheaters.

Abstimmungsergebnis:

- TOP 2.1** Ziffer 1 bei 42 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt
Ziffer 2 (mit Ergänzung aus Änderungsantrag Nr. 2021/0485/5) bei 41 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt
Ziffer 3 (mit Empfehlung: Keine betriebsbedingten Kündigungen) bei 41 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt
Ziffer 4 bei 41 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt
Ziffer 5 bei 46 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt
Ziffer 6 bei 47 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt
Gesamtabstimmung Ziffer 1 bis 6: Bei 42 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt
- TOP 2.1.1** Ziffer 1 bei 3 Ja-Stimmen und 44 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt
Ziffer 2 bei 3 Ja-Stimmen und 46 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt
Ziffer 3 bei 9 Ja-Stimmen und 40 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt
Ziffer 4 bei 7 Ja-Stimmen und 41 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt
Ziffer 5 bei 9 Ja-Stimmen und 40 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt
Ziffer 6 bei 2 Ja-Stimmen und 45 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt
- TOP 2.1.2** Bei 3 Ja-Stimmen und 46 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

- TOP 2.1.3** Bei 3 Ja-Stimmen und 45 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt
- TOP 2.1.4** Keine Abstimmung; Zusage Empfehlung an Verwaltungsrat Badisches Staatstheater: Keine betriebsbedingten Kündigungen
- TOP 2.1.5** Ziffer 1 keine Abstimmung
Ziffer 2 keine Abstimmung; Aufnahme in Beschlussvorlage der Verwaltung
- TOP 2.1.6** Bei 7 Ja-Stimmen und 42 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung zu den eingegangenen Änderungs-/Ergänzungsanträgen:

Abweichend von den sonstigen Gepflogenheiten würde ich in der Diskussion und in der Abstimmung die beiden Punkte 2.1 und 2.2 getrennt aufrufen. So hatten wir uns gestern im Ältestenrat verständigt, sodass jetzt zunächst erst mal, 2.1 Badisches Staatstheater, Sanierung und Neubau hier zur Debatte stehen.

Ich habe mir zu dem Thema schon so viel öffentlich Zeit genommen, dass ich gar nicht groß einführen möchte. Ich möchte allerdings ganz kurz noch auf die veränderte Beschlusslage hinweisen. Wir haben den Beschlusstext unserer Beschlussvorlage gestern im Lauf des Tages den aktuellen Debatten angepasst und dabei auch viele Vorschläge und Punkte aus der Hauptausschussvorberatung aufgenommen. Das möchte ich gerade für die Öffentlichkeit noch einmal kurz darstellen.

Unter Ziffer 1 nimmt der Gemeinderat, wie auch schon in der ursprünglichen Beschlussvorlage, die Kostenentwicklung und den angepassten Bauablauf zur Kenntnis und stimmt der Fortführung des Projekts unter den geänderten Voraussetzungen zu.

Unter Ziffer 2 wird etwas ausführlicher als in der bisherigen Beschlussvorlage dargestellt, dass Stadt und Land eine Finanzierungsvereinbarung treffen sollen, die eine kontinuierliche Abfinanzierung in jährlichen festgelegten Beiträgen für den städtischen Anteil sichern soll. Die Beträge sollten so gewählt werden, dass die städtische Investitionskraft für die anderen städtischen Aufgaben erhalten bleibt. Hier kann ich Ihnen mitteilen, dass ich für eine solche Finanzierungsvereinbarung auch das grundsätzliche Okay aus dem Finanzministerium Baden-Württemberg bekommen habe, sodass, wenn Sie das heute so entscheiden, dann auch eine entsprechende Finanzierungsvereinbarung mit dieser Zielsetzung erfolgen wird.

Unter Ziffer 3 wird noch einmal dargestellt, dass wir schon 2017 ermittelt haben, dass durch die Zusammenführung der verschiedenen Standorte an einen Standort die energetische Optimierung mehr als 70 Prozent der bisherigen Energiekosten einsparen wird. Durch die dann zum Teil gar nicht mehr erforderlichen Logistik und Produktionen, sowie zusätzliche Einnahmemöglichkeiten ist man im Jahr 2017 nach Fertigstellung von Sanierung und Neubau von einer Ersparnis, einer Art Sanierungsrendite, von 2 Millionen ausgegangen. Wenn man das umlegt auf die Betriebskosten, die das Staatstheater an verschiedenen Stellen verursacht - da gibt es den klassischen Betriebskostenzuschuss und es gibt auch eine anteilige Übernahme der Energiekosten -,

wären das etwa 4,2 Prozent. Wir schlagen Ihnen jetzt vor, dass insgesamt dieser ganze Prozess zu einer Betriebskostenreduzierung von 5 Prozent führen soll. Die wird immer dann umgesetzt, wenn durch den Fortgang der Neubau- und Sanierungsmaßnahmen diese Effekte erzielt werden können. Das ist aber dann sozusagen eine Sanierungsrendite, die sich aus diesem großen Projekt ergibt und die wir dann auch abschöpfen wollen.

Unter Ziffer 4 habe ich noch einmal festgehalten, die Planungen für die Sanierung und den Neubau haben zu einer Zeit begonnen, als die entsprechenden Anforderungen an die neuen Klimarahmenbedingungen für Gebäude noch nicht so fortgeschritten waren, wie das heute der Fall wäre. Wir bekommen nach den bisherigen Planungen am Ende kein klimaneutrales Gebäude, was bei diesem Gebäude auch sehr schwierig ist. Aber wir wollen hier mit der Ziffer 4 gemeinsam noch einmal feststellen, dass wir im Zuge dieser weiteren Baumaßnahmen und Planungen immer versuchen, die Klimaneutralität zu erreichen, so sie denn möglich ist. Wir erleben hier zum Teil auch eine erhebliche Verbesserung der Technik. Was weiß denn ich, was im Jahr 2030 alles möglich ist. Dann sollte man es eben dort auch entsprechend berücksichtigen.

Unter der Ziffer 5 nehme ich Ihren Wunsch auf, dass es nicht nur einen Bauausschuss gibt als Unterausschuss des Verwaltungsrats, sondern dass es ein eigenständigeres Gremium werden soll, an dem alle Fraktionen des Gemeinderats beteiligt werden, um regelmäßig zu erfahren, wie denn der Baufortschritt ist, wie vor allem die Kostenentwicklung ist. Sie haben Erwartungen an das Thema Kosten-Controlling und auch an die entsprechende Transparenz der Kostenentwicklung. Ich finde es auch wichtig, dass man sich nicht nur zwei bis drei Mal im Jahr trifft, sondern dass man auch unter der Zeit bekanntgibt, falls es Abweichungen gibt, die eine ungünstige Entwicklung erkennen lassen.

Und unter der Ziffer 6 ist dann noch einmal der Satz aufgenommen, den Sie aus der alten Beschlussvorlage schon kennen, dass wir nämlich bei Interimsunterbringungen versuchen sollten, auf der einen Seite den Aufwand zu minimieren, aber auf der anderen Seite natürlich auch, die Funktionsfähigkeit und den künstlerischen Anspruch des Staatstheaters aufrechtzuerhalten. Das steht nachher als Beschlussvorschlag hier zur Diskussion, wird durch verschiedene Anträge von Ihnen auch noch mal beeinflusst. Da arbeiten wir dann die verschiedenen Anträge, wie gewohnt, der Reihe nach ab. Und jetzt ist die Stunde des Gemeinderats und ich darf jetzt zur Debatte bitten.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Ich glaube, wir haben uns selten eine Entscheidung so schwierig gemacht in der Fraktion wie die Entscheidung zur Sanierung des Badischen Staatstheaters. Wir haben viele Wochen darüber geredet, tatsächlich bis gestern Abend noch. Die Beschlussvorlage wurde auch fortwährend angeglichen. Ich kann schon einmal vorwegnehmen, wir werden heute auch dieser geänderten Beschlussvorlage zustimmen.

Ich möchte allerdings noch ein bisschen erläutern, was für uns die Gründe waren, die diese Entscheidung so schwierig gemacht haben und was uns dazu bewogen hat, heute zuzustimmen. Wir sehen uns als Stadt Karlsruhe insgesamt in einer ganz schwierigen Haushaltslage. Das ist nicht zuletzt Großprojekten der vergangenen Jahre geschuldet, wie der Kombilösung oder der neuen Messe, die unseren Haushalt jedes Jahr belasten. Was unterscheidet jetzt aber das Staatstheater von den Großprojekten der vergangenen Jahre? Wir haben dieses Staatstheater in Karlsruhe stehen. Wir haben eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeiter*innen. Es handelt sich nicht um einen kompletten Neubau. Wir haben nicht ein neues Staatstheater. Das Pro-

jekt zwingt uns am Ende zu handeln, weil wir sehen, mit den Brandschutzanforderungen und auch mit dem Arbeitsrecht müssen wir handeln, denn sonst haben wir im schlechtesten Fall eine Bauruine im Herzen von Karlsruhe. Das kann natürlich auch keine Möglichkeit sein. Die Alternativen haben wir die letzten Wochen noch einmal durchgearbeitet. Insgesamt hat sich sehr klar gezeigt, hier im Gemeinderat gibt es nicht den Willen, irgendwas strukturell am Theater zu ändern. Dementsprechend ist die Sanierung auch die einzige Option. Das bringt viele Problematiken und Risiken mit sich. Für uns war auch das keine Option. Die Fortführung der Sanierung, die wirklich sehr durchdetailliert geplant ist, halten wir für die einzige Möglichkeit an der Stelle.

Insgesamt haben wir aber natürlich das Theater auch in diesem Gesamtzusammenhang gesehen. Bei den Investitionen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen, haben wir jetzt auch im Rahmen der Vorlage klare Zusagen von Ihnen erhalten, was die Finanzierung anbelangt, dass wir auch einen Kostendeckel haben, dass wir uns als Stadt nicht überfordern und immer noch einen Investitionsspielraum in den nächsten Jahren haben. Wir haben noch einmal diese klare Zusage, dass wir es schaffen, laufende Kosten einzusparen. Die Größenordnung von 5 Prozent legt uns dann einen Mehrwert der Sanierung vor. Insgesamt haben wir natürlich noch weitere positive Signale von Ihnen, von der Verwaltung bekommen. Wir haben uns natürlich gefragt, schaffen wir es, andere große Zukunftsinvestitionen mit dem Staatstheater zu verbinden. Da haben Sie, Herr Oberbürgermeister, uns noch einmal klar aufgezeigt, wir schaffen es auch, unser Klimaschutzkonzept umzusetzen, selbst wenn wir diese Investition für das Staatstheater tätigen.

Für uns war das wirklich keine einfache Entscheidung, aber an der Stelle heute die einzig richtige und verantwortungsvolle Entscheidung, die wir treffen können. Wir freuen uns, dass wir das Staatstheater als eine so wichtige Kultureinrichtung in Karlsruhe erhalten und fördern können mit dem Neubau.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich denke, es geht jedem hier so, mir persönlich ist es wirklich auch noch nie so schwergefallen, eine Entscheidung zu fällen in den letzten 17 Jahren. Uns ist es sogar so schwergefallen, dass wir heute auch nicht einheitlich abstimmen werden, denn man muss auch jede eigene Meinung akzeptieren und respektieren, da es sich hier nicht um irgendwas Kleines handelt. Es geht hier auch ganz klar nicht um eine politische Richtung und schon gar nicht um irgendeine Ideologie. Ich denke, in der Sache sind wir uns einig. Es geht auch nicht um richtig oder falsch. Ich bin mir auch sicher, dass jeder von uns 48 Stadträtinnen und Stadträten hier im Laufe der letzten sieben Jahre immer mal wieder hin- und hergerissen war, insbesondere natürlich, wenn es um diese Kostenexplosion ging. Das ist nicht spurlos an uns vorbeigegangen.

Es ist doch völlig unstrittig für jeden von uns, dass das Staatstheater saniert werden muss. Allein der Brandschutz und die arbeitsrechtlichen Bestimmungen verpflichten uns dazu. Von daher uns immer wieder zu erklären, dass das gemacht wird, das wissen wir alles, das ist uns allen klar. Auch die Frage nach dem kulturellen Leuchtturm, nach der Umwegrentabilität, nach dem ganzen Statement, dass dieses Staatstheater für die Region wichtig ist, das ist uns klar, auch dass das Land sich daran hälftig beteiligt, weil wir natürlich einen enormen Mehrwert haben. Das sind alles Big Points, die da sind, das ist logisch. Aber trotzdem kann man sich eine Entscheidung nicht einfach machen, wenn wir immerhin über eine Gesamtinvestition von 580 Millionen reden. Das muss man vor allem vor dieser desaströsen Haushaltssituation sehen, auf die

wir zusteuern. Deswegen haben wir auch ganz klar gesagt, wir müssen noch einmal in uns gehen und müssen noch einmal alles prüfen, auch wenn es für den einen oder anderen vielleicht übertrieben war mit dem Fragenkatalog oder doppelt gemoppelt oder zu spät. Das kann auch alles zu spät sein. Aber oft ist besser zu spät, als nie nachfragen. Deswegen haben wir uns noch einmal diese Runde gegönnt.

Mir persönlich ging es immer nur um die Finanzierung des Ganzen. Das ist mir weiter wichtig, dass ich das sage. Wir haben auch festgestellt, dass weitere Prüfungen, Umplanungen nötig sind, auch die Idee mit dem Neubau selbst, ob er jetzt sinnvoll oder nicht sinnvoll, selbst die Idee mit dem Bürgerentscheid, über den man sicherlich hätte nachdenken können. Wir haben bei weniger schon einen Bürgerentscheid gemacht, zum Beispiel bei der Kombilösung. Aber es ist natürlich zu spät, es ist leider alles zu spät. Weitere Verzögerungen hätten eventuell weitere Kosten und somit, das muss man ganz ehrlich sagen, das Aus bedeutet für das Staatstheater. Das ist natürlich etwas, was keiner im Prinzip will. Man hätte das vielleicht früher, transparenter oder besser einbringen müssen. Vielleicht haben auch wir uns zu spät nach vorne gewagt, das ist klar. Aus dem Grund haben wir uns mehrheitlich für diese Sanierung des Staatstheaters, vor allem aber auch für die 800 Arbeitsplätze und den kulturellen Leuchtturm entschieden.

Für uns war noch wichtig, dass der Änderungsantrag, den wir gemacht haben, diese Finanzierungssicherheit sicherstellen soll und vor allem auch für uns, dass nicht im Haushalt in anderen Stellen extrem gespart werden muss.

Stadträtin Ernemann (SPD): Liebe Zoe Mayer, der Zeitpunkt der Entscheidung ist maximal ungünstig, um dich mit Blick auf die Finanzlage der Stadt zu zitieren. Aber wir haben uns den Zeitpunkt nicht ausgesucht. Dennoch, die SPD-Fraktion steht hinter dem Konzept zur Sanierung und Erweiterung des Badischen Staatstheaters. Es ist ein klarer Mehrwert für Karlsruhe, um den Kollegen Hofmann zu zitieren. Es ist schon alles abgelutscht und abgekaut worden. Aber dennoch wollte ich noch einmal die Stellungnahme meiner Fraktion und warum wir heute für diese Vorlage stimmen, kurz erläutern.

Wir wollen keine Lösung wie in den 70er Jahren. Hier wurden zwar Kosten eingespart, aber kein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht. Das Haus ist in technischer und arbeitsrechtlicher Hinsicht längst nicht mehr auf dem neuesten Stand. Der Proberaum für das Orchester hat ein Volumen von 1.000 m³, müsste aber nach den arbeitsrechtlichen Vorgaben 4.500 m³ fassen. Allein durch die Aussicht auf die geplante Sanierung und Erweiterung wird dieser miserable Zustand von behördlicher Seite noch geduldet. Hinsichtlich des Brandschutzes und der Barrierefreiheit muss das Haus ohnehin dringend saniert werden. Wir wollen für die 750 Beschäftigten des Hauses, wovon drei Viertel in Karlsruhe wohnen, und die 150 freiberuflichen Mitarbeiter angemessene und würdige Arbeitsbedingungen. Einsparungen von Betriebskosten dürfen nicht durch betriebsbedingte Kündigungen vorgenommen werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen Sicherheit haben, dass jegliche Einsparungen nicht zulasten ihres bestehenden Beschäftigungsverhältnisses gehen. Eine Spartenstreichung wird von meiner Fraktion ausdrücklich – das ist oft genug diskutiert worden – abgelehnt. Wir sind stolz auf unser Mehrspartenhaus, wir sind stolz auf jede Sparte. Ein Zusammenschrumpfen der Sparten des künstlerischen Angebotes würde die Gesamtkonzeption Staatstheater mit den darauffolgenden finanziellen Konsequenzen bedeuten. Wir würden vom Staatstheater zum Stadttheater. Wollen wir das? Ich komme aus einer Stadt, da gab es ein Stadttheater. Ich kann ein Lied davon singen. So wie die

Finanzen des Haushaltes geschrumpft sind, ist auch das Theater geschrumpft, immer mehr und immer bedeutungsloser.

Der Um- und Neubau muss und kann aus unserer Sicht nur an diesem jetzigen Standort erfolgen. Durch den Umbau der Kriegsstraße ergeben sich neue städtebauliche Möglichkeiten, Chancen einer Verbindung und Öffnung für die gesamte Bevölkerung im Herzen der Stadt für gesellschaftliche Begegnungen und zum Austausch. Es soll ein Haus für alle Bevölkerungsgruppen werden. Es soll Kultur und Bildung fördern, aber gleichzeitig auch zum sozialen Zusammenhalt beitragen. Das neue Haus wird nicht mehr ein Opernhaus im klassischen Sinne der 50er Jahre. Es wird ein multifunktionelles Haus für Alt und Jung. Bereits in vielen Städten werden solche Häuser praktiziert.

Zum Schluss noch, ich sehe, die Redezeit ist gleich zu Ende, unser Wunsch nach Transparenz und Kommunikation in die Bevölkerung. Ganz wichtig ist eine intensive Kommunikationsbegleitung für die Öffentlichkeit. Die angelaufene Kommunikation muss mit dem heutigen Tag und der heutigen Entscheidung intensiv ausgebaut werden. Ich muss die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, denn es wird ein Haus werden, es wird ihr Haus werden. Gerade das Beispiel Komobilösung ist ein gelungener Beweis, wie man durch eine gute Informations- und Öffentlichkeitsarbeit begeistern und mitnehmen kann. Der jetzigen Vorlage mit der Zusage eines transparenten Bau- und Kostencontrollings, eines regelmäßigen Projektstatusberichtes sowie einer stabilen Finanzierungsvereinbarung zwischen Stadt und Land stimmen wir zu.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir stimmen nicht einer Sanierung des Badischen Staatstheaters zu. Diese Beschlussvorlage ist viel mehr als eine Sanierung. Wir sprechen über einen Sprung in die Zukunft. Wir sprechen über eine Vision. Eine Vision für unser Theater. Eine Vision für die Stadtentwicklung rund um das Ettlinger Tor. Eine Vision für ein echtes Bürgerzentrum, öffentliche Räume der Karlsruher Gesellschaft. Dieser Vision, diesem Zukunftsprojekt stimmen wir nicht nur zu, sondern wir unterstützen es mit Begeisterung und Leidenschaft. Jedes Projekt, auch diese Zukunftsvision, muss kostenkontrolliert mit Baupreisindex und Risikopuffer berechnet werden. Selbstverständlich sprechen wir auch über Steuergelder.

Ich bin von Anfang an im Bauausschuss für das Badisches Staatstheater. Diese Vision ist kostenkontrolliert. Diese Vision ist von vielen professionellen und engagierten Fachleuten detailliert geplant, diskutiert und berechnet. Alternativen sind untersucht, diskutiert und geprüft. In der öffentlichen Debatte über dieses Stadtentwicklungsprojekt haben mich zwei Themen überrascht. Das erste, die Proportionen. Man muss die Proportionen im Auge behalten. Das Land Baden-Württemberg bezahlt 50 Prozent. Für Karlsruhe sind ein bis zwei unserer Haushalte in 12 bis 14 Jahren zu schultern. Unser Investitionshaushalt ist ungefähr 280 Millionen jährlich. Diese 15 bis 20 Millionen pro Jahr bremsen also überhaupt nicht unsere notwendigen Investitionen. Wir haben ein paar Jahre einen angespannten Haushalt wegen Corona und weil eine Mehrheit hier im Gemeinderat einen so unverantwortlichen Haushalt 2021 entschieden hat, dass unsere Fraktion diesen Haushalt abgelehnt hat und das Regierungspräsidium gewarnt hat, dass wir sehr sorgfältig die nächsten Haushalte prüfen müssen. Das tun wir, aber Corona bestimmt nicht die nächsten Jahrzehnte. Das tun wir, hier im Gemeinderat. Die gegenwärtige Mehrheit wird hoffentlich auch nicht für die nächsten zehn Jahren bestehen. Karlsruhe ist finanziell und wirtschaftlich sehr stark. Wir können und wir müssen uns diese historische Aufgabe leisten. Unsere Vorgänger haben das Theater in einer Nachkriegszeit gebaut, in der die Finanzlage noch schwieriger war. Leider waren sie gezwungen, zu viel zu sparen. Das Theater muss saniert oder ge-

geschlossen werden. Das ist alternativlos, aber wir wollen mehr. Das Theater ist eine Mutter für die Entwicklung der Innenstadt, ein Wohnzimmer der Stadtgesellschaft, ein Leuchtturm in unserer Kulturlandschaft. Es ist mutlos, ohne Verpflichtung Nein zu sagen. Ja zu sagen, verlangt Zukunftsmut.

Die anderen Punkte, die mich überrascht haben, sage ich unter dem nächsten Punkt.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Es gibt nur eine Kultur, und Kultur braucht Raum. Das ist eigentlich Konsens in diesem Haus. In den letzten Wochen und Monaten wurde auch entsprechend gehandelt. Stichwort Bandproberäume, P8, Panorama e.V. et cetera. Nun sah es bis gestern Abend so aus, dass offensichtlich große Teile des Gemeinderats billigend in Kauf nehmen, dass unser kulturelles Flaggschiff auf Grund läuft. Erinnern Sie sich, wie wir im September 2017 alle von der Planung überzeugt waren und diesem großartigen Projekt und unserem Theater mit einem einstimmigen Beschluss den Rücken stärkten? Zugegeben, die Kostensteigerung ist ärgerlich. Sie wurde uns aber vom Staatstheater und der Verwaltung plausibel und nachvollziehbar erklärt. Es gibt keine Sonderwünsche des Theaters, alles ist auf Kante genäht. Wir wollen ein hochprofessionelles Mehrspartenhaus mit Strahlkraft in der Region und darüber hinaus. Neben der eigentlichen Sanierung ist das zugrundeliegende Konzept auch für die Stadtgesellschaft von unschätzbarem Wert. Hier wird ein öffentlicher, nicht-kommerzieller Raum entstehen, der rund um die Uhr zugänglich ist, im Herzen unserer Stadt. Hier wird es Raum für Ideen und Projekte der Bürger*innen geben. Das Projekt ist sowohl in ökologischer Sicht und in gesellschaftlicher Sicht von großer Nachhaltigkeit und soll sich weiter in Richtung Klimaneutralität entwickeln.

Ihre Sorge um die städtischen Finanzen können wir akzeptieren, aber operieren Sie doch dann bitte mit den korrekten Zahlen. Den städtischen Haushalt belasten 290 Millionen Euro, verteilt über 12 Jahre. Karlsruhe kann das. Um was geht es also? Es ist unstrittig, dass ein akuter Sanierungsbedarf vorliegt. Es liegen ausgereifte Sanierungspläne vor. Ein Projektteam wurde neu und schlagkräftig aufgestellt. Ein Nein zu den vorliegenden Sanierungsplänen wäre nicht zu Ende gedacht gewesen. Sie würden damit möglicherweise die Sanierung stoppen und dann? Wie umgehen mit dem ungenügenden Arbeitsschutz? Was ist mit dem Brandschutz? 3 Millionen Euro fließen jährlich in eine Flickschusterei, um die Duldung der schlimmen Zustände durch die Behörde zu erhalten. Was muten wir den Mitarbeiter*innen am Theater über die Jahre zu? Ihnen gebührt unser großer Dank, dass sie in der Hoffnung auf bessere Arbeitsverhältnisse, die sie schon lange herbeisehnen, diese Zustände ertragen und eine tolle Arbeit abliefern. Gut, dass sich nun die Öffentlichkeit und offensichtlich die Mehrheit besonnen hat.

Heute geht es um nichts weniger als die Frage, wollen wir ein Staatstheater, Ja oder Nein. Meine Fraktion sagt, Ja, wir wollen den Menschen in Karlsruhe und der Region diesen kulturellen Leuchtturm nicht wegnehmen. Sagen auch Sie Ja? Nachfolgende Generationen werden uns die heutige Entscheidung pro Theater danken.

Stadtrat Schnell (AfD): Vor 211 Jahren entstand das Großherzogliche Hoftheater in einem Weinbrennerbau am Schlossplatz, nach nur 37 Jahren brannte es ab. Der in dieser mehr als 200-jährigen Tradition 1975 entstandene Neubau des Badischen Staatstheaters ist in die Jahre gekommen. Zwar noch nicht abgebrannt, aber wenn wir nichts unternehmen, würden die aktuellen Brandschutzanforderungen in naher Zukunft, ähnlich wie damals der Brand 1847, das Schicksal des Staatstheaters besiegeln. Von den alles andere als optimalen Arbeitsbedingungen,

insbesondere für Schauspieler, Musiker und Tänzer im jetzigen Bau, geschuldet der realisierten Sparversion der ursprünglichen Planung aus den 60ern, fange ich gar nicht erst an. Mit der anstehenden Sanierung und dem partiellen Neubau müssten wir also auch noch eine Fehlentscheidung von vor 50 Jahren korrigieren. Das alles gibt es nicht für ein Trinkgeld. Die jetzige Vorlage, die uns 580 Millionen in Toto als Worst Case nennt, lässt einen schon tief schlucken. Aber Abriss und Neubau, egal ob am jetzigen Standort oder woanders, machen es nicht billiger. Und soll der hälftige Zuschuss des Landes zu Umbau und laufendem Spielbetrieb erhalten bleiben, ließe sich nur auf die kostengünstigen Sparten Volks- und Jugendtheater verzichten, wenn man denn ein Staatstheater haben will. Und das ist heute die eigentliche Frage, die wir uns stellen müssen. Soll Karlsruhe weiterhin ein Badisches Staatstheater besitzen oder sollen wir das Ding einfach wegsprengen, um uns ein provinzielles Stadttheaterle, ohne Ballett-Kompanie, ohne Staatskapelle und ohne Oper hinstellen.

Wir haben das in der Fraktion diskutiert. Wir sagen, ja, wir wollen ein Badisches Staatstheater mit allen Sparten, und es ist auch keine Nummer zu groß für eine Stadt wie Karlsruhe. Weimar zum Beispiel hat ebenfalls ein Nationaltheater samt Staatskapelle. Falls Sie es nicht wussten, Weimar hat gerade mal 65.000 Einwohner. Das bringt mich zu einem Thema beim Staatstheater, das Ausbaupotenzial hat. So wie das ZKM ausgewählte Exponate und Museen in die ganze Welt verleiht, könnte auch die Staatskapelle oder das Ballett ab und an Gastspiele im Ausland geben und so Karlsruhe überregional als Stadt der Kultur bekannter machen, so wie Sie etwa die Weimarer Staatskapelle im Winter in Baden-Baden erleben können. Auch bei Musikaufnahmen ist seit Mahlers Neunter, die Justin Brown 2011 einspielte, in Karlsruhe nichts mehr passiert. Dagegen kommt die Deutsche Grammophon allein im Juli vier Mal ins Baden-Badener Festspielhaus für Liveaufnahmen. Überhaupt, das Festspielhaus, als ich im Dezember 2019 im Gemeinderat anregte, auch einmal einen Blick dort hin zu werfen, wurde mir beschieden, das sei nicht vergleichbar, da dort kein Ensemble ist. Das wusste ich bereits, und darum ging es gar nicht. Dass jedoch vergleichbare Veranstaltungen bei den günstigsten Tickets hier wie dort das Gleiche kosten, die erste Kategorie in Baden-Baden jedoch beim Doppelten des Karlsruher Preises liegt und die teuersten Karten einer Vorstellung in Karlsruhe öfters mal als Erste ausverkauft sind, sollte einem schon zu denken geben, oder?

Signale des Nachdenkens über all diese Dinge habe ich empfangen, und es gibt weitere Bereiche, mit denen die Kostendeckung im Betrieb verbessert werden kann. Die Sanierung allein sorgt hier bereits für Einsparung im Millionenbereich.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Es ist unbestreitbar, dass unser Staatstheater dringend und jetzt und am bestehenden Standort saniert werden muss. Da geht es um Brandschutz, sanierungsbedürftige Technik und vor allem für uns zentral um die Situation der Beschäftigten. Schon die blanken Zahlen zeigen den deutlichen Handlungsbedarf, wenn in einem Haus, das in den 70er Jahren für 350 Mitarbeiter*innen geplant wurde, heute doppelt so viele Menschen arbeiten, zuzüglich noch externer. Hinter diesen Zahlen verbergen sich dauerhaft unzumutbare Arbeitsbedingungen, auch die Probesituation des Orchesters oder die beengten Verhältnisse in den Werkstätten. Dass sich eine ganze Belegschaft trotz der kommenden, so herausfordernden Umbauzeit geschlossen für eine Sanierung ausspricht, ist ein ganz deutliches Signal. Ich bin auch sehr froh, dass die Standortdebatte abgeebbt ist. Das Theater gehört ganz klar ins Herz der Innenstadt. Nur so kann es ein Anlaufpunkt für die Stadtgesellschaft werden und sich noch weiter öffnen. Eine solche Öffnung, nicht nur für das Publikum, sondern auch für alle, die sich hinter dem Passus offenen Haus verbergen, begrüßen wir ausdrücklich. Wir brauchen kom-

merzfreie Orte in der Innenstadt zum Chillen, Kulturerleben, Austauschen bis hin gemeinsamem Lernen, bei dem man nicht ganz so still sein muss wie in der Bibliothek. So können hoffentlich auch noch Nicht-Theatergänger gewonnen werden. Es ist ein tolles Signal des Aufbruchs, der Zukunft, für das öffentliche Theater allgemein, das deutschlandweit zunehmend als freiwillige Leistung in Bedrängnis gerät.

Mit der Vorlage, wie sie uns zur Abstimmung vorgelegt wurde, haben wir aber einige Probleme. Hier ist zum Beispiel Punkt 3 zu nennen, der die Tore für einen Personalabbau aufstößt. Dass Betriebskosten sich reduzieren durch energetische Sanierungen, das ist noch nachvollziehbar, auch dass in Zukunft nicht mehr so viele LKWs durch die Stadt rollen müssen, das ist auch verständlich. Aber wie Sie jetzt von 4,2 auf 5 Prozent kommen, ist noch nicht genauer erklärt. Ich bitte alle Beteiligten, bitte verklausulieren Sie Personalabbau nicht hinter dem Passus Optimierung der Produktion oder stimmen Sie - das wäre natürlich noch besser - unserem diesbezüglichen Änderungsantrag zu, der solches explizit ausschließt. Wir sind dafür, dass die Anzahl der Produktion auf ein für die Belegschaft vertretbares Maß gesenkt wird. Aber das ist kein Mittel, um Betriebskosten abzusenken.

An dieser Stelle ein rhetorischer Vergleich. In der westpfälzischen Verwandtschaft gibt es den Ausspruch bezüglich des Stadions des 1. FC Kaiserslautern und seinem Dauerzustand in der 3. Liga. Die haben in Beton, nicht in Beine investiert bzw. in Westpfälzisch natürlich „in Betton, net in Bähn“. Ich glaube, wir wollen mit unserem Theater alle 1. Liga bleiben, und das geht nicht dauerhaft mit Beschäftigten nahe am Burnout. Ein Ausspielen von Bau- und Personalkosten lehnen wir als LINKE. entschieden ab und können diesem Punkt nicht zustimmen.

Kommen wir zum zweiten entscheidenden Punkt, die Art der Finanzierung, präziser dem Mittelabfluss. Wir haben einen Vorschlag gemacht, den man zusammenfassen kann mit länger und dafür weniger pro Jahr, damit wir als Stadt unsere Spielräume erhalten können. Und da bleibt die bisherige Beschlussvorlage definitiv zu unkonkret. Und wenn Sie als Verwaltung mit dem Land 20 Millionen Euro pro Jahr vereinbaren können, dann müssten auch 10 Millionen Euro verhandelbar sein. Wir wollen dieses Projekt, aber ohne Personalabbau und mit einer tragfähigen Finanzierung. Dazu vielleicht noch mehr in einer zweiten Runde.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir sind auch weiterhin für Staatstheater. Wir haben den Orchestervorstand getroffen, haben das versprochen. Wir sind für das Badische Staatstheater. Die Vision für das Badische Staatstheater gefällt uns. Es gefällt uns, dass es ein offenes Haus sein soll. Es gefällt uns, dass tatsächlich die Kulturbreite sich öffnet. Es gefällt uns, dass auch weiterhin Platz für Hochkultur da ist. Aber wie sieht es aus, wie will die Stadt es verwirklichen? Zuerst haben wir Vorlagen gekriegt von 100 Millionen und dann 300 Millionen und jetzt 500 Millionen. Wir sind uns wirklich nicht sicher, ob das tatsächlich der letzte Betrag ist. Herr Oberbürgermeister, Sie haben das selber gesagt, Sie können für nichts garantieren. Und wir wissen, das erste Modul 1 ist durchgeplant. Von Modul 2 wissen wir noch nichts Tiefes und von Modul 3 erst recht nichts. Wir haben noch keine sichere Grundlage für Preiskalkulation.

Deswegen hat unser ganzes Bemühen nicht der Verhinderung gegolten, sondern es gilt der Eingrenzung der Kostensituation. Wir wollen nicht, dass das Ganze entgleist durch zu hohe Kosten. Deswegen haben wir Vorschläge gemacht für Neubau am gleichen Standort. Ich behaupte nach wie vor - auch Bauleute sagen das -, das ist in acht Jahren möglich. Uns wird gesagt, zwölf Jahre. Es wird gesagt, es ist immer noch ein neuer Wettbewerb nötig. Da gibt es unterschiedliche Auf-

fassungen. Das wird nicht in der Tiefe geprüft. Das möchte ich hier ausdrücklich betonen. Deswegen sind wir auf die zweite Variante gegangen, dass man genau das so macht, wie das Land Baden-Württemberg. Das Land Baden-Württemberg gibt nur das Geld für das erste Modul frei, Herr Oberbürgermeister, und wir sagen, wir geben die Gesamtkosten frei. Aber wir sind damit gleich gezwungen, vom ersten Tag an, sehr sorgsam mit den Geldern umzugehen. Wenn wir ein 25 Prozent Risiko haben, das ist normal und ist auch ganz gut. Aber dann geht man mit dem Geld anders um. Wir haben ja das Risiko, und wie schnell ist so ein Puffer auch wieder weg. Aus diesem Grund sagen wir, wir geben das Geld von unserem Ergänzungsantrag her nicht frei, sondern wir wollen bewusst darauf verzichten, diesen Puffer einzurechnen.

Dann haben wir noch die zweite Idee, die fand ich sehr gut. Nach der Gemeindeordnung heißt es, dass die Bürgermeister auch Geld sammeln sollen und Spenden einwerben. Das kann man doch für dieses Projekt tun. Darüber hinaus war unser Ergänzungsantrag noch darauf ausgerichtet, dass die Bürgergenossenschaft die Flächen gibt für die Solaranlage, dass die Identifikation mit dem Haus tatsächlich noch stärker verknüpft ist, als es bisher der Fall ist.

Wir sind für das Badische Staatstheater. Wir können aber nicht 580 Millionen, so, wie sie vereinbart sind, zustimmen. Ich sage Ihnen, wenn wir bloß ein Kontrollgremium einrichten, wie wir andere Kontrollgremien auch haben, dann wird es so sein, wir werden informiert, dass es teurer geworden ist, aber wir können nicht steuern. Deswegen können wir steuern, wenn wir die Gelder nur freigeben bis 311 Millionen. Das war unser Vorschlag. Wir begrenzen uns hier, und damit können wir auch steuern.

Noch ein letztes zum CDU-Antrag und auch von den GRÜNEN. Sie verlangen die Streckung des Geldes. Übrigens, der Betrag wird im Laufe der Zeit höher. Deswegen halte ich das für keine gute Sache.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich möchte eigentlich kein Wort mehr darüber verlieren, dass das Badische Staatstheater in kultureller Sicht, in wirtschaftlicher Sicht, aber auch in der Sicht und Bedeutung als Arbeitgeber überragend in dieser Stadt und in dieser Region ist. Das ist für die CDU-Fraktion schon immer selbstverständlich gewesen. Aber trotz allem möchte ich beleuchten, was in den letzten zwei bis drei Jahren passiert oder auch nicht passiert ist. Denn es ist so, dass seit dem Grundsatzbeschluss schlicht und ergreifend 255 Millionen Euro draufgekommen sind. Das hat viele, auch in unserer Fraktion, sehr misstrauisch gemacht. Ich kann das gut nachvollziehen. Deshalb haben wir, um diese heutige Entscheidung vorzubereiten, diesen Fragenkatalog ausgearbeitet, für den wir da und dort sogar Kritik geerntet haben. Aber ich glaube, viele wichtige Diskussionen sind seit dieser Zeit ausgelöst und auch durchgeführt worden. Von daher können wir aus dieser Zeit der letzten drei Jahre durchaus lernen. Wir brauchen Transparenz, es ist vielfach gesagt worden. Das, was Sie, Herr Oberbürgermeister, ich will es jetzt vorsichtig kleiden, in den letzten Wochen haben ablaufen lassen, fast theatralisch, war halt zu spät. Ich glaube, diese Form von Transparenz ist aber gleichwohl notwendig und wichtig. Das würde dann auch Vertrauen in eine so schwerwiegende Entscheidung, bei einer so hohen Kostensteigerung, geben, vor dem Hintergrund, und das ist jetzt mein zentrales Problem, einer Haushalts-situation, die schon angesprochen worden ist. Wir brauchen jetzt ein verlässliches Controlling. Da kommt uns Ihr Vorschlag unter Ziffer 5 sehr entgegen. Das ist die richtige Richtung.

Aber ich will es noch mal persönlich unterlegen. Wir erwarten hinter so einem Instrument auch persönliche Verantwortung der jeweiligen Gruppen, die in diesem Gremium fachlich die Feder

führen. Das darf nicht so im Allgemeinen bleiben, so wie das die letzten Monate war. Erst als wir darauf drängten, dass wir die Leute auch einmal sehen und kennenlernen wollten, die hier was zu sagen und Erfahrung haben, sind dann entsprechende Begegnungen möglich geworden. Uns ist einfach wichtig, es darf kein „weiter so“ geben in haushaltspolitischer Sicht. Wir müssen die Sache im Griff haben. Eine weitere Kostenexplosion muss unter allen Umständen verhindert werden. Da erwarte ich mir bei ernsthafter Anwendung der Ziffer 5 wirklich erhebliche Fortschritte.

Stadtrat Marvi (SPD): In der Tat, wir tragen heute eine sehr große Verantwortung mit dieser Entscheidung für die Zukunft des Badischen Staatstheaters. Ich habe auch überhaupt nichts gegen die vielen Fragen und Fragenkataloge und alles, was eingereicht wurde. Es stellt auch dar, wie groß sozusagen die Bedeutung dieser Entscheidung ist. Weil in der öffentlichen Diskussion ein wenig der Eindruck aufkommen konnte, dass nur diejenigen Stimmen so richtig verantwortlich handeln, die immer wieder mahnen, die nach fantasievollen Alternativstandorten suchen, die weder in planerischer noch in finanzieller Hinsicht in irgendeiner Form real waren oder gar die Entscheidung am Ende vom Gemeinderat abziehen wollten, hin zur Bürgerschaft, möchte ich ganz klar sagen, wir handeln heute aus meiner Sicht, wenn wir die Sanierung und Erweiterung des Badischen Staatstheaters beschließen sollte, absolut verantwortlich und gerade auch in finanzieller Hinsicht. Ich finde, dass diese Debatte ein bisschen offengelegt hat bzw. ich würde es mal so sagen, sie atmet mir ein bisschen zu viel Angst und Sorge. Man kann den Eindruck gewinnen, dass die Zustimmung in Teilen dann auch nur mit zusammengebissenen Zähnen zustande kommt. Ja, auf der einen Seite die hohen Kosten, das ist so, aber auf der anderen Seite bitte ich auch darum, dass wir die großen Vorteile für uns als Stadt nach vorne stellen und einmal betonen, was wir uns alles sparen. Wir sparen uns Millionenausgaben, die wir jedes Jahr in die Unterhaltung einer maroden Infrastruktur unnötigerweise investieren müssen. Wir sichern uns den Staatsvertrag mit einer „Rendite“ von mehr als 20 Millionen Euro Betriebskostenförderung pro Jahr, die hälftige Finanzierung unserer Sanierung, auf die andere Theaterhäuser und Kommunen neidisch wären, dass wir das hier haben.

Ich sehe das auch so, wie Herr Hofmann gesagt hat, ich möchte es verstärken. Für uns wäre ein Beschluss heute gegen diese Vorlage ein Stück weit auch das Aus für den Staatsvertrag gewesen, der für uns sakrosankt ist und auch das Aus vermutlich dann für dieses Konstrukt Staatstheater, wenn man die Dinge vom Ende her denkt. Eines will ich auch noch sagen, es ist noch einmal ein ganz klarer Mehrwert für die weitere Stadtentwicklung. Weil hier die Stichworte Großprojekte und Bein in Beton, Beton in Bein, ich weiß nicht, wie das so richtig war: Wir schaffen hier eine moderne Infrastruktur für Jahrzehnte und für die kommenden Generationen. Das ist in so einer Stadt auch ganz wichtig, als am falschen Ende, wie es damals geschehen ist in den 70er Jahren, zu sparen.

Es freut uns daher außerordentlich, dass es doch noch zu einem Konsens auf den letzten Metern gekommen ist, wir die Kurve bekommen haben. Und wir haben übrigens sehr großes Vertrauen in die Stadtverwaltung und den OB, dass mit dem Land zusammen eine bestmögliche Finanzierungsvereinbarung für Karlsruhes Interessen geschaffen wird.

Stadtrat Høyem (FDP): Das zweite Thema, das mich in der öffentlichen Debatte überrascht hat, sind die vielen Schnapsideen, die aus der blauen Luft geholt sind. Man hört so viele Zahlen und Standorte und abreißen und neu hier oder neu dort zu beginnen. Ja, es wird eigentlich chaotisch, aber die Chancen, dass ein anderer Vorschlag Geld spart oder sogar besser wird, liegen

zwischen null und null. Der Verwaltungsrat des Badischen Staatstheater legt einen ausgearbeiteten und kontrollierten Plan vor. Selbstverständlich kann man versuchen, diesen Plan zu ändern, aber die Gegner haben keinen Plan, nur luftige Schnapsideen. Jeder ernste alternative Vorschlag ist geprüft, fachlich und sachlich beurteilt und abgewiesen.

Selbstverständlich kann man Nein zum Badischen Staatstheater sagen, dann bekommt man ein Karlsruher Stadttheater. Es wäre eine traurige und sogar teure Lösung. Nicht nur für die mehr als 700 Angestellten in unserem Theater, aber auch für unsere Stadt und Region und für unsere Identität als Karlsruhe. Liebe Kolleg*innen und liebes Karlsruhe, Corona macht ein paar Jahre Haushaltsprobleme, ja, und die Mehrheit im Gemeinderat hat leider einen unverantwortlichen Haushalt 2021 entschieden, aber Karlsruhe ist sehr gut finanziell und wirtschaftlich aufgestellt. Wir können, wir müssen uns diese historische Aufgabe leisten. Wie können wir unseren Enkelkindern erklären, dass wir wegen momentaner, kurzfristiger Haushaltsprobleme keine Zukunftsmut haben? Wir stimmen mit Begeisterung und Leidenschaft dieser zukünftigen Vision zu.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Herr Kollege Høyem, Sie haben jetzt zwei Mal behauptet, dass die Mehrheit dieses Hauses unverantwortlich gehandelt hätte bei der Verabschiedung des letztjährigen einjährigen Haushaltes. Das stimmt nicht. Der Haushaltsentwurf wurde von der Verwaltung vorgelegt. Es geht um ca. 1,2 Millionen Euro Gesamthaushalt, und der Gemeinderat hat in seiner Verantwortung mehrheitlich 8 Millionen verändert. Wenn man überlegt, was hat man für die 8 Millionen bekommen, vor allem im sozialen Bereich, im kulturellen Bereich, ist das nicht unverantwortlich. Sie können das immer wieder behaupten, aber Ihre Behauptung wird dadurch nicht richtiger, und die möchte ich für mich und meine Fraktion auch zurückweisen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Mein Kollege Oliver Schnell hat vorhin schon gesagt, dass wir nach den vielen Diskussionen erkannt haben, dass Karlsruhe ohne das Staatstheater nicht denkbar ist, und dass wir deswegen heute zustimmen werden. Er hatte keine Zeit drauf hinzuweisen, was wir noch zum Schluss als Information bekommen haben, nämlich diese zusätzliche Rendite, die indirekt der Stadt Karlsruhe zugutekommt. Sie haben es thematisiert vonseiten der Bürgermeisterbank bei der Veranstaltung am Freitag. Das 1,2-fache kommt wieder der Stadt zugute. Das sind wirtschaftliche Faktoren, die auch wichtig sind. Ich finde es gut, dass die noch zur Sprache kamen. Wenn man bedenkt, dass wir nur 3 Prozent Übernachtungsgäste haben von den Leuten, die das Theater besuchen, haben wir auch wirklich noch Luft nach oben. Da möchte ich mich den Vorschlägen, die mein Kollege Schnell gemacht hat, ausdrücklich anschließen. Wir sollten versuchen, als Staatstheater mehr nach außen sichtbar zu werden, um mehr Gäste von außen anzulocken. Dann kann man diese Rendite für die Stadt noch vergrößern. Es ist gut zu wissen, dass wir an der Stelle noch wirklich Luft nach oben haben, und dass noch viel getan werden kann.

Wir haben natürlich ein Riesenproblem gehabt mit der Entwicklung der Summen über die Jahre. Ich weiß noch, wie ich mich einmal sehr aufgeregt habe, als der Preis um, ich glaube, 100 Millionen gestiegen ist. Jetzt sind wir noch einmal 100 Millionen Euro weiter. Letztendlich geht es aber nicht anders. Wir hatten immer gefordert, dass bei solchen Großprojekten realistische Zahlen genannt werden, dass auch eine Preisgleitformel mit drin ist, und dass, wenn es geht, auch noch ein Puffer vorhanden ist für Unvorhergesehenes. All das wurde jetzt eingearbeitet. Deswegen finden wir diese Art, den zu erwartenden Preis zu bestimmen, sehr gut und können

uns an der Stelle nicht dem Änderungsantrag von den Freien Wählern und FÜR Karlsruhe anschließen. Auf der anderen Seite haben wir auch geschaut, wo kann man noch Geld sparen. Wir haben in der Diskussion festgestellt, sparen geht nur dann, wenn man die Planung nicht mehr großartig ändern muss. Denn alles andere wird am Ende viel zu teuer, kostet Zeit, und Zeit kostet dann am Ende viel mehr Geld. Deswegen war die einzige Möglichkeit für uns, zu sparen, die Photovoltaik-Anlage wegzulassen. Da wir der Meinung sind, dass Photovoltaik bei der öffentlichen Hand sowieso nicht angebracht ist, weil letztendlich die Bürger zwei Mal dafür bezahlen müssen, einmal als Steuerzahler bei der Installation und dann beim Verbrauch mit den Stromkosten, lehnen wir die Photovoltaik-Anlage ab. Das haben wir als Änderungsantrag eingebracht, dass wir auf die Photovoltaik-Anlage verzichten und diese Kosten sparen. Wir hätten gerne, dass dieser Punkt vor dem Antrag von Freie Wähler und FÜR abgestimmt wird, die eine Bürgergemeinschaft mit der Photovoltaik-Anlage betrauen wollen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich denke, es wäre wünschenswert, lieber heute als morgen mit dem Bau anzufangen, mit dem Umbau, mit der Sanierung. Wir sind uns alle einig, es ist notwendig, es ist überfällig. Es ist wichtig für die Beschäftigten im Staatstheater, auch wieder eine Perspektive zu haben. Es ist wichtig für die Bevölkerung, weil es sich um ein Projekt handelt, das tatsächlich ganz neue Optionen eröffnet. Ich bin sehr begeistert von dem, was uns vorgestellt wurde an Möglichkeiten bezüglich einer Kultur für alle, eines offenen Hauses, Möglichkeiten für alternative Kulturprojekte, Möglichkeiten für Initiativen, einfach auch diese Räume zu nutzen, die als Foyers ansonsten die ganzen Tage über leer stehen. Das begeistert uns. Wir sind wirklich der vollen Überzeugung, dass dieses Projekt für alle wirklich eine gute Grundlage bietet, Kultur in Karlsruhe weiterzuentwickeln und auch junge Menschen heranzuführen.

Was uns nicht begeistert, ist tatsächlich wie es uns präsentiert wurde. Vor mehr oder weniger knapp acht Wochen hatten wir als kleine Fraktion DIE LINKE., die nicht im Verwaltungsrat sitzt, plötzlich Papiere auf dem Tisch, die über vier Jahre entwickelt wurden, hinter verschlossenen Türen im Verwaltungsrat. Das ist einer der Kritikpunkte, die wir haben, weil für uns dann plötzlich eine Kostenexplosion auf dem Tisch lag. Die mussten wir jetzt innerhalb ganz kurzer Zeit versuchen, abzuarbeiten, versuchen uns zu erklären und natürlich auch anderen Menschen. Denn eines ist jetzt schon klar, es wird Probleme geben für künftige Haushalte. Es wird Probleme geben, Soziales, Kultur und den dringend notwendigen Klimaschutz, so umzusetzen, wie wir uns das eigentlich wünschen. Deshalb hat unsere Fraktion auch zwei Anträge auf den Weg gebracht, einen davon, der den Mittelabfluss hinausziehen soll. Ich bitte auch wirklich dringend darum, dass die beiden Anträge abgestimmt werden, wohlwissend, dass es sich dabei um Empfehlungen handeln muss, weil es um eine Verhandlung geht mit dem Land. Bei dem anderen Antrag geht es darum, tatsächlich den Beschäftigten des Staatstheaters zu versichern, dass all das, was an Effizienzen im Betrieb nach dem Neubau erzeugt werden soll, nicht auf ihrem Rücken ausgetragen wird, sprich kein Personalabbau stattfinden soll. Wir alle wissen, dass die Beschäftigten im Theater seit langem Überstunden arbeiten, die oft nicht angegeben werden, weil tatsächlich das Klima in den vergangenen Jahren so war, wie es war. Und deshalb bitten wir wirklich darum, auch den Beschäftigten ein Signal zu setzen, es geht um all das, was an energetischer Effizienz stattfinden kann, aber nicht darum, Personalkosten zu sparen. Darum bitte ich Sie.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich möchte noch schnell auf den Redebeitrag meines Kollegen Friedemann Kalmbach zurückkommen. Wir werden nicht gegen das Staatstheater stimmen, sondern gegen die gesamte Vorgehensweise, wie das Projekt geplant wurde und nicht einmal

die Möglichkeit ergriffen wurde, Neubau an dieser Stelle zu beschaffen. Auch sehen wir das ganze Risiko für den Haushalt. Die Planungen sehen wir nicht als ausgereift an. Alles steht auf tönernen Beinen. Auch möchten wir bei unserem Antrag die Punkte 1, 3 und 4 einzeln abgestimmt haben.

Zurück zu dem Projekt: Wir haben es heute schon öfters gehört. Die Kosten für dieses Staatstheater sind von 100 auf 300 Millionen Euro gestiegen. Bei 300 Millionen Euro habe ich damals gesagt, machen wir gerne, lieber ganz als gar nicht, aber das war natürlich nicht das Ende der Fahnenstange. Wir sind heute an einem Punkt angelangt, der mir wirklich Sorgen bereitet, dieses Konzept, das Staatstheater im Herzen der Stadt. Ist es aber auch wirklich später das Herz der Stadt? Wir haben in all den Jahren die Bürger nicht mitnehmen können, wir haben sie nicht gewinnen können. Ich muss in meinem gesamten Umfeld feststellen, man versteht es, dass man den Arbeitnehmern des Staatstheaters, den Beschäftigten bessere Arbeitsverhältnisse, sichere Arbeitsverhältnisse gewähren will, aber ist das Konzept ein Konzept für die Zukunft? Das steht hier einfach in der Frage.

Und auch wenn hier sehr leichtsinnig mit Geldern umgegangen wird, wir haben in Karlsruhe die Erfahrung mit der Kombilösung, wir haben die Erfahrung mit der neuen Messe, wir haben die Erfahrung der Stadthalle. Allein aus dem zu schließen, dass die Planung sicher ist, kann ich für mich persönlich nicht tun. Ich bin sicher, es wird anders laufen, daher auch unser Ergänzungsantrag. Das Geld, von dem wir sprechen, das Geld des Landes und das Geld der Stadt ist nichts anderes als Steuergelder aller Bürger. Wir haben es heute gehört und der Eindruck bestätigt sich hier, dass wir die Bürger nicht auf dem Weg mitgenommen haben. Sicherlich, es ist zu spät, und die Idee eines Bürgerentscheides hätte schon viel früher kommen würden. Doch, und da müssen wir aufpassen, Bürgerentscheide können tückisch sein, wie wir vor kurzem in der Schweiz erlebt haben. Vielleicht ist es besser, dass wir den Weg hier gehen und uns überlegen, wie wir in der ganzen Projektreihe bis zur Verwirklichung den Bürger noch für uns gewinnen. Das soll auch für heute mein Schlusswort sein.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Eine Stadt braucht Kometen mit Strahlkraft, die weit über die Grenzen hinausstrahlen. Unser KSC ist ein Komet, und dieser Komet strahlt weit über diese Stadt hinaus. Aber er hat auch einen Schweif, und in diesem Schweif fühlt sich der Breitensport daheim und hat seine Basis. Das Staatstheater wäre ebenfalls ein neuer Komet. Aber jeder Komet braucht Energie, meine Damen und Herren. In diesem Falle ist diese Energie eben eine Finanzkraft. Und diese starke Finanzkraft, Herr Oberbürgermeister, haben wir nicht mehr. Deshalb kann ich es nicht mitverantworten, dass wir ein neues Finanzdesaster erleben werden. Es gibt Beispiele genug, mein Vorredner hat sie eben genannt, sei es Kombilösung, sei es Stadthalle. Es ist an der Zeit, dass wir erst einmal einen Kassensturz machen, dass wir erst einmal die Bauprojekte fertigbringen, die wir angefangen haben, die auf dem Weg sind. Denn am Ende wird eine Frage stehen: Was für eine Zahl steht am Ende hinter den Kulissen? Unser Staatstheater gehört zu Karlsruhe, das soll auch so bleiben. Aber die Wahrheit ist eben auch, dass man schon erwarten darf, dass man prüft, um zu sparen, und dass man Verständnis für die wirtschaftliche Situation hat, die wir in den heutigen Tagen erleben. Ich wünsche mir, dass alles noch mal auf den Prüfstand kommt. Es muss uns bewusst sein, in einer Zeit, wo Zehntausende von Karlsruherinnen und Karlsruher in Kurzarbeit waren und sind, dass wir bereit sind, nachzudenken, welche Verschiebungen oder welche Einsparungen wir vornehmen können. Rom, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch nicht an einem Tag erbaut worden.

Ich werde gemeinsam mit meiner Kollegin Dogan heute gegen alle Anträge und die Verwaltungsvorlage stimmen. Es geht uns hierbei um die Verantwortung, die wir als Grundlage für unsere Stadt sehen und die Verantwortung für das Ganze und die Verantwortung, meine Damen und Herren, für die Generationen, denen wir das finanziell überlassen. Es geht uns nicht um neue und utopische Ideen, sei es ein neuer Bau an einem neuen Standort oder sei es ein Bürgerentscheid kurz vor Torschluss. Preiserhöhungen in diesen Tagen, am Ende des Tages mit nahezu einer dreiviertel Milliarde, werden uns den Beweis dafür liefern, dass wir heute falsch entscheiden und dieser Gemeinderat nicht zukunftsmäßig entscheiden wird. Auch wenn ich heute nicht mit meiner Fraktion stimme, meine Damen und Herren, liebe Freunde, bin ich mit meiner Fraktion im Reinen. Aber ich bin auch mit meinem gesunden Menschenverstand im Reinen.

Stadtrat Schnell (AfD): Einen Punkt wollte ich noch aufgreifen, diese Anträge, die Zahlungen einfach kleiner zu gestalten und zu strecken. Im Bereich der Schienenverkehrsinfrastruktur hat das die Bundesbahn seinerzeit gemacht, indem man unter dem rollenden Rad gebaut hat. Das ging ewig, und es gab Baustellen und Verspätungen und so weiter. Heute als Deutsche Bahn AG machen die das so, die sperren die Strecke für einen bestimmten Zeitraum. Da wird komplett umgebaut und dann ist es fertig. Ganz so können wir es beim Staatstheater nicht machen. Denn wenn wir ein ganzes Orchester entlassen, bis man das wieder aufgebaut hat und das Gleiche gilt für die andere Sparten ebenso, das geht einfach nicht. Aber das weiter und weiter zu strecken und sagen, wir machen das halt dann nicht in 10 Jahren, wir machen das nicht in 20, wir machen das in 30 Jahren, häppchenweise mit kleinen Beträgen, dass wir das gar nicht mehr merken, das macht das Ganze nur teurer, und wir kommen am Ende auch nicht auf den grünen Zweig.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Bevor wir jetzt in die Anträge kommen, vielleicht doch noch ein paar Bemerkungen von mir. Es ist richtig, Sie entscheiden heute über eine Gesamtinvestition von voraussichtlich 580 Millionen Euro. Sie entscheiden aber auch über eine Investition, wo die Hälfte dieses Geldes vom Land zugesagt ist. Das muss man sich auch immer wieder klarmachen. Es geht nicht um eine annähernd 600 Millionen-Belastung der Stadt, sondern es geht um das Auslösen auch einer 50-Prozent-Finanzierung durch das Land. Es ist schon auch in Anbetracht der unsicheren Finanzlage des Landes erst mal ein unglaublicher Vertrauensbeweis und ein Stück weit auch eine Anerkennung, dass beide Staatstheater ausdrücklich im Koalitionsvertrag genannt sind, mit der klaren Ansage, das wollen wir als Land weiter finanzieren, das wollen wir auch sanieren und da wollen wir auch neu bauen, wo es nötig ist, und wir stehen zu diesen beiden Staatstheatern. Das zu dem Argument, Herr Kalmbach, dass das Land natürlich nie alle Mittel auf einmal freigibt, sondern immer nur jahrweise oder sogar doppel- oder zweijahresweise. Das eine ist die Finanzmechanik, das andere ist letztlich die politische Entscheidung. Und wenn Sie sich heute entscheiden, entscheidet sich das Land oder hat sich mehr oder minder schon entschieden, auch dafür, diese Strecke mit uns durchzuhalten. Ich bin bei Ihnen, Herr Kalmbach, wir müssen einen Weg finden, dass die Begleitung der Kostenentwicklung nicht sagt, solange schon das erste Modul mit seinen möglichen Mehrkosten immer noch im Gesamtrahmen des Risikos liegt, ist alles gut, sondern Sie müssen das Risiko natürlich runterbrechen auf jede einzelne Position. Dann müssen Sie schauen, ob es irgendwie den Korridor verliert. Ich will noch einen draufsetzen. Da wir mit einem Neubau beginnen, sollte da auch kein 25-prozentiges Risiko sein, das erst nach Überschreitung zu Alarmsignalen führt, sondern das darf maximal 10 Prozent vielleicht in einzelnen Gewerken sein. Dann müssen wir darüber diskutieren. Wir wissen alle genau, dass ein Neubau normalerweise keine 25 Prozent Risikovor-

sorge beinhaltet, eine Altbausanierung aber auf alle Fälle mindestens. In der Gesamtabwägung ist jetzt dieser Kostenvoranschlag so erstellt worden.

Das Thema Bürgerentscheid macht dann Sinn, wenn es um eine grundsätzliche Weichenstellung der Stadtentwicklung geht. Bürgerentscheide haben selten was alleine mit der Finanzsumme zu tun. Die Kombilösung ist ja nicht deswegen in einen Bürgerentscheid gemündet, weil man dachte, das wird für die Stadt furchtbar teuer. Man hat damals sogar angenommen, das sei gar nicht so teuer. Es geht hier um die komplette Umgestaltung der Innenstadt, wenn ich das richtig erzählt bekommen habe. Es reden jetzt viele über Bürgerentscheide, die damals dabei waren, aber ich habe trotzdem den Eindruck, dass ich eine bessere Einschätzung habe. Es ging damals bei Ablehnung des ersten Bürgerentscheids darum, dass man gesagt hat, man möchte dann aber nicht auch noch in der Erdgeschosslage weitere Fahrzeuge haben, sondern da muss eine andere Lösung her. Dann ist diese Kombilösung entstanden. Deswegen einfach noch mal zu sagen, weil dieses Projekt jetzt vielleicht ähnlich teuer wird oder nicht so teuer oder teurer, das ist nicht die Voraussetzung, wäre ein Bürgerentscheid vielleicht sinnvoll gewesen, wenn man eine Grundsatzentscheidung treffen muss. Die haben Sie vor vier Jahren schon getroffen. Es wäre, glaube ich, auch schwer gewesen, zu erklären, warum jetzt schon 37 Millionen in Vorwegmaßnahmen stecken und man jetzt auf die Idee kommt, wir fangen etwas völlig Neues an in unseren Planungen, sei das ein Neubau, sei das ein anderer Standort oder was auch immer. Da müssen wir uns schon ein bisschen ehrlich machen.

Einen Vorwurf möchte ich von mir weisen. Wir reden über diese Kostenentwicklung seit dem Frühherbst. Über die Mitglieder im Verwaltungsrat wissen Sie seit Frühherbst von diesen neuen Zahlen. Ich habe erst vor einer Woche und auch nur indirekt, Herr Stadtrat Pfannkuch, den Wunsch gehört, dass Sie die Verantwortlichen kennenlernen wollen. Ihr Vertreter im Verwaltungsrat kennt die Verantwortlichen seit zwei Jahren oder länger. Dann müssen wir überlegen, wie wir die Kommunikation zwischen Verwaltungsrat und Fraktion oder Gemeinderat verbessern. Aber ich lasse mir an der Stelle nicht vorwerfen, dass ich nicht solche Wünsche aufnehme. Ich lasse mir auch nicht vorwerfen, dass große Teile des Gemeinderats nicht ausreichend informiert sind. Ich war sehr erstaunt, dass es seit Herbst, wo diese Zahlen bekannt sind, eigentlich keinerlei große öffentliche Diskussion darüber gab. Insofern bin ich jetzt wieder bei Ihnen, dass diese öffentliche Diskussion und auch diese politische Diskussion mich dann doch auf dieser Endstrecke zur Entscheidung etwas überrascht hat. Ich bin Ihnen insgesamt allen und auch der Verwaltung und vor allem auch dem Staatstheater und Vermögen und Bau sehr dankbar, dass wir offensichtlich doch ausreichende Antworten gefunden haben, die nicht alle überzeugen - geht ja nicht -, aber dass wir zumindest eine Diskussion losgetreten haben, die zu Antworten führt und damit die Voraussetzung hoffentlich schafft, heute eine solche Entscheidung treffen zu können.

Ich möchte auch noch mal ausdrücklich darauf hinweisen, Herr Kalmbach, Sie haben das sehr schön beschrieben - ich kenne dieses Gefühl aus der Kombilösung -, es ist ein Risiko, das bleibt. Es ist auch so, dass wir Controlling machen können, wie wir wollen. Wenn Sie eine Ausschreibung machen und bekommen am Ende nur Angebote, die alle 30, 40, 50 Prozent über der von Ihnen prognostizierten Summe liegen, dann nutzt Ihnen das ganze Controlling nichts. Dann müssen Sie entweder entscheiden, Sie verzichten auf diese Leistung oder Sie reduzieren sie, oder Sie müssen ein Stück weit an den Planungen festhalten. Wir haben gerade in den letzten Jahren oft solche Situationen erlebt. Teilweise war es sogar noch schwieriger. Sie haben überhaupt keine Angebote mehr bekommen. Das ist dann manchmal für so einen Bauablauf noch

tückischer, aber auch das kriegen Sie alleine über diese Schutzmechanismen nicht in den Griff. Das heißt, eine Baumaßnahme über einen längeren Zeitraum in ein Ineinandergreifen von Gewerken, wie Sie das bei einem Theater auch brauchen - das ist beim Neubau übrigens genauso - , ist immer ein gewisses Risiko. Sie können immer nur mit Wissen und Gewissen versuchen zu prognostizieren, was denn das wohl für die Gesamtbauzeit heißt. Vor vier Jahren sind wir eben davon ausgegangen, die Baustelle fängt 2020 an. Wir haben es mit acht Jahren Bauzeit zu tun, weil man sich diese einzelnen Planungsschritte noch nicht ausreichend angeschaut hat. Davon bin ich jetzt überzeugt, dass wir das haben. Wir haben diese zwei ganztägigen Workshops gehabt, die wirklich das alles durchleuchtet haben. Wir haben ausreichende Übergabezeiten zwischen den einzelnen Modulen eingeplant. Das war auch noch mal eine relativ kritische Diskussion. Von daher gibt es hier an der Stelle keine absolute Sicherheit und wahrscheinlich auch nur eine begrenzte Sicherheit, je weiter man durch die Jahre kommt. Aber ich kann jetzt auch nicht mit nicht herleitbaren, höheren Beträgen irgendeine Sicherheit suggerieren, die ich nicht habe.

Insofern sind wir sehr froh, dass das Land den Weg mitgegangen ist, die Risikopauschale zu erhöhen, die Baunebenkosten zu erhöhen, mit einer neuen Planungsfirma, diesen ersten Bauabschnitt noch mal richtig zu durchleuchten. Da können wir nächstes Jahr anfangen und dann auch eine Baupreisindizierung und die verlässliche voraussichtliche Bauzeit vornehmen. Das hat im Wesentlichen dann in der Gesamtschau diese Kostenentwicklung in den letzten vier Jahren ausgelöst.

Ich möchte mich noch mal ausdrücklich vorab beim Theater bedanken. Das Theater hat jetzt nicht nur in diese sehr ungunstigen Arbeitsbedingungen jahrzehntelang durchgehalten, sondern man macht das mit einem laufenden Spielbetrieb, was uns auf der einen Seite erhebliche Interimskosten spart. Schauen Sie sich einmal an, was in Stuttgart passiert. Da können wir schon das halbe Theater wahrscheinlich am Ende mitsaniieren. Auf der anderen Seite ist es für die Mitarbeitenden natürlich eine enorme Belastung, im Übrigen auch für viele Besucherinnen und Besucher des Theaters. Wir sollten versuchen, auch an die Bevölkerung zu appellieren, dass man, auch wenn man um einen Baustellenzaun herumlaufen muss, um zum Eingang zu kommen, trotzdem mit großer Freude die Angebote im Theater wahrnimmt. Ich freue mich auch jetzt schon auf die Neueröffnung des Schauspielhauses, die dann für 2026 angesetzt ist. Ich glaube, dass das eine gute Sache ist, weil man dann schon merkt, dass es vorangeht, und dass wir eine Qualität bekommen, die es heute dort so noch gar nicht gibt. Ich habe jetzt den Bauzeitplan nicht im Kopf, vielleicht war es auch 2028. Nicht, dass da irgendwas drinsteht, was jetzt vielleicht nicht ganz stimmt.

Wenn jetzt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, könnten wir in die Abarbeitung der Anträge gehen. Ich würde beginnen mit dem Änderungsantrag Freie Wähler | FÜR Karlsruhe. Herr Stadtrat Kalmbach, da habe ich Sie so verstanden, oder war es Herr Wenzel, dass wir die Ziffern getrennt abstimmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir hätten gerne, dass bevor Ziffer 5 „Vergabe der Photovoltaik-Anlage an eine Bürgergenossenschaft“ abgestimmt wird, unser Antrag, dass wir ganz auf die Photovoltaik-Anlage verzichten, abgestimmt wird, weil der der weitergehende ist.

Der Vorsitzende: Jetzt fordern Sie von uns hohe Komplexität, weil wir jetzt alle Einzelziffern ineinander verschränken müssen. Aber ich werde mir Mühe geben. Kann ich noch einmal von den Antragstellern erfragen, welche Punkte Sie einzeln abgestimmt haben möchten?

Stadtrat Dr. Schmidt: Wir hätten gerne alle Punkte einzeln abgestimmt, weil wir bei manchen zustimmen wollen und bei anderen dagegen.

Der Vorsitzende: Dann machen wir das jetzt. Dann ziehen wir das jetzt so durch. Ich rufe auf Ziffer 1 des Änderungsantrags Freie Wähler | FÜR Karlsruhe. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Wir kommen zur Ziffer 2, wobei das eigentlich selbstverständlich ist. Wir nehmen Ziffer 2. Ich würde trotzdem Ablehnung empfehlen, weil wir uns da zu sehr binden. – Auch das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Zu Ziffer 3 möchte ich nur mitteilen, dass uns der § 78 der Gemeindeordnung natürlich bekannt ist und wir uns auch zur weiteren Verbesserung der kulturellen Landschaft in den nächsten Jahren intensiv um Mäzen und Spenden kümmern müssen. Damit aber eventuelle Mehrkosten am Theater auszugleichen, ist eine Verknüpfung, wo ich Ihnen dringend abraten muss, dem zuzustimmen. *(Anm. Mehrheitlich abgelehnt)*

Dann gehe ich zur Abstimmung Ziffer 4. Es mag natürlich am Ende auch Entwicklungen geben, die wir Ihnen erneut zur Abstimmung vorlegen, das ist ja klar, aber sicherlich nicht jede Kleinigkeit. *(Anm. Mehrheitlich abgelehnt)*

Vor der Ziffer 5 bittet die AfD um die Abstimmung über ihren Antrag, dass man auf eine Photovoltaik-Anlage verzichten soll. – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen damit zur Ziffer 5 des Antrags Freie Wähler | FÜR Karlsruhe, die Flächen für eine Photovoltaik-Anlage wird an eine Bürgergenossenschaft vergeben. Wir würden den Strom gerne für das Theater selbst nutzen. Nur als Hintergrund, warum wir hier Ablehnung empfehlen. – Auch das ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommt die Ziffer 6. – Auch das ist abgelehnt.

Jetzt gehen wir in den Anträgen weiter. Ich rufe auf den Antrag DIE LINKE., den jährlichen Mittelabfluss auf 10 Millionen Euro zu reduzieren, was in Anbetracht von 270 Millionen ja dazu führen würde, dass das Land einer Finanzierungsvereinbarung über 27 Jahre zustimmt. Mit dieser Festlegung brauche ich mich beim Land, glaube ich, nicht zu melden. Das ist meine persönliche Einschätzung. Wir schlagen deswegen an der Stelle Ablehnung vor. *(Anm. Mehrheitlich abgelehnt)*

Dann rufe ich auf den Antrag der CDU und der GRÜNEN-Fraktion, der ja aus zwei Ziffern besteht. Sie schlagen unter Ziffer 1 einen Finanzierungsvorschlag mit konkreten Zahlen vor, so wie ich Ihnen den als Diskussionspunkt zur Verfügung gestellt und auch an das Finanzministerium geschickt habe. Das Finanzministerium hat mir zurückgemeldet, dass sie sich so was grundsätzlich vorstellen können, aber in der Kürze der Zeit natürlich über die einzelnen Ziffern pro Jahr jetzt noch nicht zusagen können. Deswegen würde ich gerne mit Ihnen vereinbaren, dass es ein möglicher Finanzierungsvorschlag ist, den ich mit dem Land bespreche, und dass das Ergebnis so in etwa auf dieser Linie liegen sollte. Wäre das für Sie als Festlegung ausreichend?

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Grundsätzlich ja, wenn Sie mir jetzt noch sagen, was passiert, wenn Sie Ihrer Erwartung zuwider völlig stranden und das nicht durchbringen. Was für eine Bedingung hat das für den Gesamtbeschluss?

Der Vorsitzende: Ich würde Ihnen vorschlagen, dass die Rahmenbedingungen folgende sind: Mindestens 16 Jahre Abfinanzierung, höchstens 20 Millionen pro Jahr Beitrag. Aber ich kann mir vorstellen, dass man dann vielleicht vom Land einmal statt 15, 20 Millionen will und hinten raus vielleicht mal wieder 15. Das hat auch ein bisschen mit dem zu erwartenden Mittelabfluss zu tun. Die wollen natürlich möglichst auch immer sicherstellen, dass das, was sie ausgegeben haben, auch zeitnah zurückkommt. Das wären für mich die Rahmenbedingungen. Sollte das davon abweichen, würde ich mit Ihnen neu darüber sprechen.

Dann könnten wir auf die Abstimmung von Ziffer 1 verzichten. Ich habe Ihnen Rahmenbedingungen skizziert und ich glaube, so kommen wir klar. Die Ziffer 2 aus Ihrem gemeinsamen Antrag würden wir gerne so übernehmen in die Beschlussvorlage der Verwaltung, weil es an sich genau der Punkt ist, den ich zwar nicht ausgeführt habe, der für mich aber selbstverständlich ist und den wir zum Beispiel auch aus der Abfinanzierung der Kombilösung kennen. Man hat sich auf feste Jahresbeträge eingelassen. Wenn am Ende die Kostenentwicklung weiteres Geld verursacht, dann wird das hinten weitergeschrieben. Aber es wird nicht vorne draufgelegt. Wenn wir so verbleiben könnten, dann würden wir das übernehmen.

Dann hätten wir damit den gemeinsamen Antrag der GRÜNEN und der CDU abgehakt. Wir kommen dann zur AfD mit der Photovoltaik, das ist auch abgehakt. Dann rufe ich auf den Ergänzungs- oder Änderungsantrag der LINKEN., der sich mit dem Personalabbau beschäftigt. Dieser Antrag der LINKEN hat ein insofern ein fachliches Problem, dass wir, wenn wir Logistik optimieren und verschiedene Standorte zusammenfassen, ich mir schon vorstellen kann, dass wir anschließend weniger Menschen brauchen, die sich um die Gebäude kümmern, weniger Menschen, die dort Reine machen. Naja, die werden wir immer brauchen, weil wir die Fläche ja nicht reduzieren. Trotzdem haben mehrere Standorte immer einen anderen Personalbedarf, etwa an Pfortenpersonal, Garderobieren und anderem zur Folge. Insofern kann ich jetzt nicht ausschließen, Frau Stadträtin oder Herr Stadtrat, dass dann nicht doch irgendwann Personal wegfällt. Insofern tue ich mich mit dem Antrag ein bisschen schwer. Ich kann umgekehrt auch auf den Antrag der SPD hinweisen, dass wir die ganzen Einsparungen nicht an Personal in einer direkten Verbindung festlegen, sondern es nur sozusagen eine Sekundärrendite aus der veränderten Konzeption durch die Neubausanierungsmaßnahme und andere Dinge ist. Die Optimierungen der Produktion sollten sich darauf beziehen, dass man natürlich, wenn man an einem Standort vor Ort arbeitet, Produktion ganz anders organisieren kann.

Ich habe übrigens auch die Idee, dass man vielleicht mit anderen Theaterhäusern gemeinsam etwas produziert. Das sind alles Dinge, die wir bereden müssen, aber hinter Optimierung steht für mich an der Stelle jetzt kein Personalabbau. Das ist eines meiner Probleme mit dem Antrag. Mein anderes Problem mit dem Antrag ist, dass wir in die Regie des Theaters eingreifen, wie es mit bestimmten Budgets umgehen soll und wie es mit seiner Arbeit klarkommen soll. Insofern kann es aus meiner Sicht sowieso nur höchstens eine Empfehlung sein. Wenn Sie aber auf diesem Kontext mit Personalabbau bestehen, würde ich eher empfehlen, das heute abzulehnen oder eben als Einzelempfehlung mit ins Theater zu tragen. Das würde ich auch tun für Sie. Dann bräuchten wir es hier nicht abstimmen, aber dem Theater die Möglichkeit lassen, selbst zu entscheiden.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich habe zwei Anmerkungen. Die eine Anmerkung ist, dass Sie mit dem Punkt 3 dieses Thema selber jetzt hier einbringen. Also, uns vorzuwerfen, wir würden in die Regie des Theaters eingreifen, verstehe ich an der Stelle nicht so ganz. Das andere ist, was für mich sehr problematisch ist, das Wort Produktion. Woher kommt das, was bedeutet das und mit dem „Produktion“ da drin, kann ich definitiv nicht zustimmen. Wir würden unseren Antrag aufrechterhalten.

Stadtrat Marvi (SPD): Wenn wir jetzt schon abstimmen über das Thema, also auch über den Begriff Personalabbau, was ja euer Antrag war, ist dann unserer schon ein bisschen etwas anderes. Wir sprechen von „keine betriebsbedingte Kündigungen“. Das ist weniger scharf oder weniger weit, wie kein Personalabbau. Kein Personalabbau bedeutet, ich habe dann keine Flexibilitäten mehr. Ich muss dann auch, wenn irgendjemand in Rente geht, auf dem Niveau bleiben. Dann müssten wir das schon konträr abstimmen.

Der Vorsitzende: Ja, das ist klar. Ich rede jetzt im Moment auch nur von dem LINKE.-Antrag.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTE): Für mich stellt sich die Frage, kann das überhaupt der Gemeinderat entscheiden und darüber abstimmen? Der Meinung bin ich nicht. Wir würden Ihnen folgen und ich möchte das dann auch konkret als Antrag formulieren, dass das, was hier das Begehrt ist, was wir unterstützen, dass der Gemeinderat nur dem Verwaltungsrat des Staatstheaters empfiehlt, aber nicht, dass wir sozusagen abstimmen und sagen, wir haben das so abgestimmt und ihr müsst das so machen.

Der Vorsitzende: Nein, das ist klar. Also, wir können hier maximal über eine Empfehlung abstimmen und ich denke, das machen die Antragsteller auch mit. Denn sonst dürfte ich es gar nicht zur Abstimmung stellen. Dann würden wir über diese Empfehlung jetzt abstimmen, wie gesagt, auch aus Gründen der Eingrenzung, der Flexibilität und der entsprechenden Möglichkeiten. Es geht ja hier nicht darum, Leute zu entlassen, sondern es geht darum, mehr Menschen aus anderen Bereichen eventuell für die künstlerische Arbeit freizumachen, die jetzt durch die vielen Standorte mit anderen Aufgaben belegt sind. Da mag ich nicht ausschließen, dass es doch auch an der einen oder anderen Stelle zu einem Verzicht auf eine solche Stelle kommen kann. Insofern könnte ich dieser Empfehlung jetzt nicht folgen. Die Empfehlung steht zur Abstimmung. Die Empfehlung, die sich aus dem Antrag der LINKEN ergibt, kein Personalabbau. – Das ist auch eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann kommen wir abschließend zum Antrag der SPD. Auch das müssten wir in eine Empfehlung umkleiden, dass dieser Antrag empfiehlt, keine betriebsbedingten Kündigungen vorzunehmen. Mir ist an der Stelle ganz wichtig, dass mir nichts davon bekannt ist, betriebsbedingte Kündigungen dort zu planen. Mir ist auch wichtig, dass auch das, was wir in unserem Antrag nachher in der Beschlussvorlage haben, aus unserer Sicht keinerlei betriebsbedingten Kündigungen auslösen wird. Insofern kann es jetzt passieren, dass hier öffentlich ein falsches Signal wahrgenommen wird. Ich will ausdrücklich sagen, es gibt bisher weder in unseren Beschlüssen noch in dem, was ich weiß, irgendeine Idee, jemanden betriebsbedingt zu kündigen. Sie wünschen aber jetzt eine Abstimmung darüber, dass wir dem Verwaltungsrat empfehlen, das nicht zu tun. Davon kann ich Sie nicht abhalten.

Stadtrat Hofmann (CDU): Aber haben Sie nicht bei den anderen gesagt, dass Sie eigentlich - so habe ich Sie jetzt verstanden - das zusagen, und deswegen entsprechend auch mitaufnehmen. So haben wir das jetzt bei anderen Anträgen auch gemacht. Sie haben eben noch gesagt, Ihnen ist es nicht bekannt, und Sie können das mitaufnehmen, dass wir das so nehmen. Ich denke, ist es müßig, darüber abzustimmen. Da wird niemand dagegen stimmen, dass es betriebsbedingte Kündigungen gibt.

Der Vorsitzende: Wenn die Antragsteller damit einverstanden sind, kann ich so damit umgehen. Dann würde ich das als Empfehlung, auch aus dem Haus hier als, sagen wir mal, vorsorgliche Empfehlung geben, weil wir nicht davon ausgehen, dass es passiert.

Dann haben wir die Anträge alle soweit abgearbeitet. Die unveränderte Beschlussvorlage der Verwaltung in dieser neuen, Ihnen heute endgültig aufgelegten Form mit diesen sieben Punkten, steht jetzt zur Abstimmung.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich würde ganz gerne die Punkte auf der Vorlage einzeln abstimmen. Dann müssten Sie aber noch sagen, wo Sie den Punkt mit dazu nehmen, den Sie von unserem interfraktionellen Antrag mit aufgenommen haben.

Der Vorsitzende: Ich muss es Ihnen aber leider zumuten, dass wir am Ende noch einmal über alles gemeinsam abstimmen, weil wir sonst keine klare Beschlusslage bekommen. Das können wir sonst manchmal anders machen, wenn die Punkte nichts miteinander zu tun haben. Hier machen die aber nur in ihrer Gesamtheit einen Sinn. Deswegen können wir jetzt einzeln abstimmen, ob sie alle noch drinbleiben, und dann wird aber über alles noch abgestimmt.

Die Ziffer 1, müssen wir die wirklich abstimmen? Dann stimmen wir jetzt einfach alles runter. Die Ziffer 1 stelle ich zur Abstimmung. – Das ist eine Mehrheit.

Bei der Ziffer 2 wird es gedanklich ergänzt um die Ziffer 2 aus dem Antrag der CDU und der GRÜNEN, dass, falls es zu Mehrkosten kommt, die einzelnen Jahresbeiträge nicht erhöht, sondern hinten dran geschachtelt werden, und ergänzt dadurch, dass wir uns die Abfinanzierung so ähnlich vorstellen, wie das in Ihrem Finanzierungsvorschlag steht, 20 Millionen Euro maximal, 16 Jahre mindestens. Nur in der Reihenfolge der verschiedenen Beträge kann sich noch eine Änderung ergeben. Das ist die Ziffer 2. – Auch das ist eine Mehrheit.

Dann kommt die Ziffer 3. Bei der Ziffer 3 wird gedanklich die Empfehlung aus dem Gemeinderat mitgenommen, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben soll, auch wenn die gar nicht vorgesehen sind. – Auch das ist eine große Mehrheit.

Dann kommen wir zur Ziffer 4. Das ist das mit der Klimaneutralität, die wir optimalerweise vielleicht noch erreichen im Zuge der weiteren Baumaßnahmen. - Auch das ist eine Mehrheit.

Unter Ziffer 5 haben wir es mit diesem Gremium zu tun unter Einbeziehung aller Gemeinderatsfraktionen, möglicherweise durch eine Erweiterung des Bauausschusses. – Das ist auch mehrheitlich zugestimmt.

Und Ziffer 6 beinhaltet dann die entsprechende Aufforderung, Interimsunterbringungen möglichst kostengünstig zu halten, aber die Funktionsfähigkeit und den künstlerischen Anspruch aufrechtzuerhalten. *(Anm. Mehrheitlich zugestimmt)*

Jetzt haben wir alle Ziffern durch und alle sind so geblieben, wie sie sind. Wir stimmen jetzt über alles ab, weil das nur ineinander gegriffen ein Gesamtpaket ergibt. Deswegen bitte ich jetzt um die Zustimmung zum Gesamtpaket 1 bis 6. *(Anm. Mehrheitlich zugestimmt)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, das ist ein sehr deutliches Votum, das, glaube ich, vor einigen Monaten noch keiner für möglich gehalten hätte. Ich darf mich bei Ihnen allen, aber auch bei allen, die im Hintergrund aufseiten der Verwaltung, aufseiten des Theaters, aus den Reihen der Bürgerschaft und überall anderswo hier sich an der Diskussion beteiligt und sie damit am Ende auch zu einem Abschluss gebracht haben, bedanken und insgesamt einfach das Niveau der politischen Beschlussfindung und auch der politischen Kultur hier in Karlsruhe loben, das anderswo nicht am Ende zu solchen Ergebnissen führt, herzlichen Dank.

Ich glaube, wir sollten jetzt schon die Lüftungspause machen. Wir unterbrechen eine halbe Stunde, weil auch einige Medienvertreter noch etwas von uns wollen und treffen uns dann um 17:35 Uhr wieder hier in diesem Raum.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:03 bis 17:35 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
13. Juli 2021